

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

49 (15.12.1948)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2 Nr. 49

Mannheim, 15. Dezember 1948

Preis 15 Pfg.

Um den „Schlüssel zur Zukunft der Menschheit“ / von Willy Grimm

Eine Radiomeldung besagte, daß der Diktator Chinas, Tschiang Kai-Schek, alle seine staatlichen Ämter niedergelegt habe. Wie es uns bekannt gegeben wurde, wäre gleichgültig gewesen, es hätte, nüchtern ausgedrückt, nichts anderes bedeutet als seinen Sturz. Die Radiomeldung wurde demontiert. Das Ereignis selber liegt in der Luft, wobei noch nicht einmal entscheidend wäre, daß der Generalissimus Tschiang Kai-Schek geht, sondern daß damit eingestanden wird, daß das blutdürstige, korrupte, feudalkapitalistische System im Innern, ausgehalten und nur existierend vom imperialistischen Weltinteresse, sich nicht mehr halten kann. Daß Tschiang Kai-Schek fällt, ist wichtig, noch wichtiger, daß sein System in China verschwindet. Immerhin: „wenn der Herzog fällt, fällt der Mantel nach“.

„Chinas Schicksal entscheidet das Schicksal der Menschheit“, so und ähnlich lesen wir in Überschriften der Presse. Wenn es so wäre, wären alle in der Welt froh, voran die Wallstreet-Magnaten, deren Sympathie dem volkseindlichen Regime Tschiang Kai-Scheks gilt. Sie hätten doch noch den Strohhalm einer Wahrscheinlichkeit für sich, wie ihn jeder Lotteriespieler sich einbildet. Glück ist Zufall! Daß Tschiang Kai-Schek vernichtend geschlagen wird, ist kein Zufall. Daß er korrupt, zu nichts mehr fähig ist, auch dazu nicht, die ihm gegebenen Milliarden von Dollars „gewinnbringend“ zu verwerten, ist kein Zufall. Daß er keinen Anknüpfungspunkt im Volk hat, daß sein Wollen, seine Moral, seine Erfolgsmöglichkeit nicht größer sind, das ist auch kein Zufall. Daß das System des Untergangs trotz aller Hilfe und Unterstützung und bösen und guten Ratschlägen der Zersetzung und dem Zerfall unterliegt, ist alles andere als ein Zufall. Daß es nicht anders ist, offenbart eine eherne geschichtliche Notwendigkeit. Und was würde es ändern, wenn in der Dauerserie von Niederlagen Tschiang Kai-Schek und seine Hintermänner dazwischen aus „Zufall“ oder „Glück“ eine Schlacht noch gewinnen? Gar nichts! Aus einem alten, verfaulenden, Pesthauch ausstrahlenden Körper wird dadurch kein jugendlicher Körper geboren. Es ist eben kein Zufall, daß die Sympathie, daß die Kraft des Volkes, daß die tausend Quellen einer tiefen Erneuerung und Kraftschöpfung auf der anderen Seite liegen, die den Fortschritt verkörpern.

Es wird berichtet von Verhandlungen über Kompromisse in China, auch darüber, daß die Amerikaner daran interessiert seien. Wir glauben das Erste und glauben das Zweite. Warum nicht Zeit gewinnen, wenn man in der Gegenwart nicht mehr tun kann als man tut; und man mit allem Tun finanzieller und militärischer Tat das Blatt der Niederlage nicht zu wenden vermag? Wenn der Sieg gewiß ist, wer auf die verjüngende Kraft seiner eigenen Bewegung vertrauen kann, wird dem Todfeind nicht die Chance des Besinners und seines weiteren unheilvollen Wirkens geben. Bei Tschiang Kai-Schek wäre dies nach Lage der Dinge heute unwesentlich, den rettet kein Zeitgewinn mehr. Tschiang Kai-Schek aber ist das Symbol des Weltimperialismus in China und wir vermögen nicht zu glauben, daß die, die erfolgreich Schlachten weltweiten Ausmaßes schlagen, ihre Chance verträumen, damit die Menschheitsfeinde eine haben.

Die gesamte Presse gibt mit ihren Berichten über China das Bild, als ob es sich um ein bloßes kriegerisches Geschehen handelte. Man verfährt dabei in traditioneller Gewohnheit, denn China ist geradezu das klassische Land ewiger Generalkriege ge-

wesen. Mögen sie alle in ihrem Tun so fortfahren. Sie werden früh genug begreifen, daß es sich in China nicht nur um einen Krieg handelt! Sie werden erfahren müssen, ob es ihnen paßt oder nicht, daß sich in China eine Revolution von derselben Weltbedeutung vollzieht, wie sie sich 1917 in Rußland zu ihrem Leidwesen vollzogen hat. Sie werden früh genug merken, vielleicht gestehen sie es heute nur noch nicht ein, weil sie die Kraftausstrahlung in ihren eigenen Bereich befürchten, was in China für den Weltimperialismus, dem sie irgendwie hörig sind, verloren geht. Wir wollen es ihnen in diesem Zusammenhang in noch nicht mal unseren eigenen Worten sagen. John Hay, der amerikanische Außenminister früherer Zeit, hat es im Jahre 1900 ausgesprochen: „Wer immer den Schlüssel zum Fernen Osten besitzt, hat den Schlüssel für die Zukunft der Menschheit für die nächsten fünf Jahrhunderte in seiner Hand.“ Darum geht es! Und diesen wichtigen Schlüssel nimmt in China der Sozialismus in die Hand, nachdem es dem Weltimperialismus zu keiner

Zeit gelungen ist, ihn völlig und sicher in seinen Besitz zu bekommen. Die USA trüben sich einseitig damit, wenigstens als Ersatz den Schlüssel für Europa in ihre greifbare Nähe bekommen zu haben.

Das Ende zeichnet sich ab

Zwischen Nanking und Schanghai haben die demokratisch-kommunistischen Streitkräfte den Jangtschiang überschritten. Militärstrategisch, ganz gleich, was das Regime Tschiang Kai-Scheks noch an Kraft entwickeln kann, ist Nanking überspielt. Die Abriegelung gegen Schanghai kann für den Ausgang der Schlacht gar nicht hoch genug bewertet werden, wobei es nur eine Frage kurzer Zeit sein wird, bis sich die Kräfte der kommunistisch-demokratischen Volksarmee zum Stoß auf Schanghai, dem internationalen Einfallstor in China, wenden werden. Der Kampf um Mittelchina geht seinem Ende zu. Die Niederlage des Diktatorregimes ist für niemand mehr eine Frage.

In Nordchina verlor Tschiang Kai-Schek seinen einzigen Brückenkopf im Raum Peking — Tientsin. Peking ist isoliert und sind bereits Spitzen der demokratisch-kommunistischen Volksarmee in die Stadt eingedrungen. Der nördliche Kriegsschauplatz ist nur noch von sekundärer Bedeutung, nachdem vor allem auch das Kohlengebiet von Tangshan, nordöstlich von Tientsin, mit einer Million Tonnen Kohlen und unzerstörten Bergwerkseinrichtungen in den Besitz der Kommunisten überging.

Im Lager der Regierung herrscht heillose Verwirrung. Der ERP-Verwalter Paul Hoffmann erklärte, die USA würden eine Koalitionsregierung, an der die Kommunisten beteiligt sind, unterstützen. Die Bedeutung dieser Erklärung mag groß, doch die Bereitschaft der demokratisch-kommunistischen Kräfte Chinas, darauf einzugehen, ebenso klein sein. Wir in Europa lernen kennen, wann es den USA genehm und nicht genehm ist, daß Kommunisten an einer Regierung beteiligt sind.

Mannheimer Eisenbahner protestieren gegen Entlassungen

Massenentlassungen die Folge der Reprivatisierungsbestrebungen bei der Eisenbahn. — Katastrophale Gefahren werden heraufbeschworen

Im Volkshaus Neckarau kamen die Eisenbahner des Unterbezirks Mannheim zu einer überfüllten Protestversammlung zusammen. In schärfster Weise sprachen sie sich gegen die Entlassung von 45 000 Eisenbahner in der Bizonne aus. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es u. a.: „In der Privatindustrie erhalten die Arbeiter einen vollen Monatslohn als Gratifikation. 45 000 Bediensteten der Eisenbahn erhalten als Weihnachtsgeschenk ihre Entlassung. Eine Entlassung, die durch Zahlen- und Verleumdungen begründet wird. Wir lehnen es ab mit Zahlenvergleichen der Vorkriegszeit zu arbeiten.“ In der Resolution wird darauf hingewiesen, daß die Massenentlassungen nur im Interesse des Privatkapitals liegen. Deshalb wird verlangt, daß Privatunternehmer von Arbeiten ausgeschaltet und nur durch die Eisenbahn bewältigt werden. Ebenso wird gefordert, die 174,5 Millionen DM, die die Eisenbahn zur Finanzierung des Frankfurter Wirtschaftsrates abführt, zu stoppen und die JEIA-Verträge aufzuheben, durch die das Ausland Aufträge zur Herstellung und Reparatur von Lokomotiven und Waggons erhält.

Der Abstimmung über die Resolution war eine eingehende und überzeugende Darstellung der Lage der Eisenbahner in der Bizonne durch den Unterbezirksleiter Hermann Siebig vorausgegangen. Er wies die Verlogenheit der Rechenkunststücke der Eisenbahndirektion nach. Wenn im Jahre 1938 pro Kilometer 16,5 Köpfe zur Verfügung gestanden haben, am 1. Juli 1948 aber 19,6 Köpfe benötigt worden seien, so übersehe die Argumentation, die damit die vorgenommenen Entlassungen begründen will, daß inzwischen sich wesentliches geändert habe. Damals habe noch jeder Backstein gegessen, wo er hingehöre. Unter den schwierigen Verhältnissen heute hat die Eisenbahn nicht zu viel, sondern zu wenig Personal. Ein zerstörter Eisenbahnbetrieb sei wieder und müsse noch aufgebaut werden. Der Personalbestand allein bei den Bahnmeistereien in Mannheim sei auf 50 Prozent des Solls zusammengeschrumpft. Die Zuggeschwindigkeit soll erhöht werden und es sind keinerlei Voraussetzungen für die notwendige Sicherheit gegeben. Hermann Siebig warnte vor den katastrophalen Folgen, die die Verminderung des

Personals nach sich ziehen werde und unterstrich die Notwendigkeit nicht des Abbaus, sondern der weiteren Einstellung von Eisenbahnern.

Eingangs seiner Ausführungen hatte der Bezirksleiter der Eisenbahngewerkschaft auf den krassen Widerspruch im tatsächlichen Leben hingewiesen. Die württembergisch-badische Verfassung verkünde, daß Arbeit eine sittliche Pflicht sei und jedermann das Recht auf Arbeit habe; und dann werden rücksichtslos 45 000 Menschen in der Bizonne auf die Straße geworfen. Er schloß seine Ausführungen, daß die zu 95 Prozent organisierten Eisenbahner nicht gewillt sind, das Bestreben der Unternehmerkreise auf eine Reprivatisierung der Eisenbahn kampflos hinzunehmen. Die organisierten Eisenbahner stellten eine gewerkschaftliche Macht dar, deren Vorgehen und „Halbtruf“, unterstützt von allen im Arbeitsmittel, sehr wohl erfolgreich gegen die Unternehmerabsichten zu wirken, in der Lage sein werde.

Die Kundgebung klang aus: Keine Entlassungen mehr! Kampf um die Wiedereinstellung derer, die bereits entlassen wurden!

Die „Soforthilfe“ ist kein Lastenausgleich

Nur ein halbes Fürsorgegesetz zur Entlastung der Landesfinanzen, keine durchgreifende Hilfe für die Geschädigten

Die Soforthilfe, das „erste Gesetz zum Lastenausgleich“, ist keine Soforthilfe und kein Lastenausgleich. Mit der Währungsreform war das Lastenausgleichsgesetz für spätestens in „sechs Monaten zu erlassen“, verkündet worden. Die sechs Monate sind fast vorbei und wir haben das Soforthilfegesetz erhalten. Wirksam wird es erst im nächsten Jahr werden und man wird sich bis dahin mit einer „Ueberbrückungshilfe“ begnügen. Mit einem Lastenausgleich hat das Soforthilfegesetz nicht im geringsten zu tun. Es ist ein Fürsorgegesetz und das nicht einmal umfassend, denn als Fürsorgegesetz beschränkt es sich nur auf den Teil der Armen, der normalerweise unter einen Lastenausgleich fallen würde. Flüchtlinge,

Bomben-, Währungsgeschädigte und politisch Verfolgte haben nach dem Gesetz einen Rechtsanspruch auf Unterhaltshilfe in Höhe von DM 70.— monatlich, wozu noch für Ehegatten und für jedes Kind DM 20.— kommen. Vollwaisen erhalten DM 35.— monatlich. Die Unterhaltshilfe wird an Männer über 65 Jahre, an Frauen über 60 Jahre und Erwerbsunfähige oder an Frauen mit mindestens 3 zu versorgenden Kindern gezahlt. Die Leistungen beschränken sich auf ein Jahr und werden nur dann wirksam, wenn nicht anderweitig Renten bezogen werden, oder diese nicht die Höhe der Unterhaltshilfe erreichen. Das Gesetz sieht außerdem eine Ausbildungs-, Aufbau-, Haus- und Gemeinschaftshilfe und einen Unterhaltszuschuß vor, auf die aber keinerlei Rechtsanspruch besteht. Nach bewährtem Muster können sie gewährt werden „im Rahmen der verfügbaren Mittel“.

Praktisch bedeutet dies also, daß Wohlfahrtsempfänger, nur von einer anderen Seite bezahlt, ihre bisherige Unterstützung erhalten, wobei zwar örtlich verschieden — möglicherweise diese sich zu ihren Gunsten etwas erhöht.

In den Städten wird die Differenz kaum zu ihren Gunsten ins Gewicht fallen, denn wenn sie überhaupt vorhanden ist, dann nur minimal.

In einem Artikel der Stuttgarter „Wirtschaftszeitung“ lesen wir: „Die Soforthilfe wird nicht nur den Geschädigten, sondern auch den Länderfinanzen zugute kommen.“ Darin dürfte der Hauptzweck der so viel gerühmten Soforthilfe bestehen. Die Länder haben bisher im Rahmen der offenen Fürsorge 760 Millionen Mark im Jahr für den gleichen Zweck aufgebracht. Es ist zwar noch nicht eindeutig ersichtlich, ob diese Leistung nach dem Soforthilfegesetz fällt. Wie auch die Stuttgarter „Wirtschaftszeitung“ berichtet, ist aber bereits tatsächlich die Leistung der Länder für das erste Vierteljahr 1949 auf die Hälfte, nämlich von 180 auf 95 Millionen DM herabgesetzt worden. Die Gemeinden werden gleichfalls eine, wenn auch nicht große, so doch spürbare Entlastung ihrer Wohlfahrtsausgaben durch das Soforthilfegesetz haben.

Man sieht, daß die Geschädigten mit dem Soforthilfegesetz über die Ohren balbiert worden sind. Alle, die unter einem Lastenausgleich erwartet haben, daß denen etwas genommen wird, die glücklich und reich die Katastrophe unseres Volkes, die drei Nachkriegsjahre und die Währungsreform überstanden haben und denen etwas gegeben wird, die heute arm wie eine Kirchenmaus vor dem Nichts stehen, haben sich getäuscht.

Sie werden sich ebenso täuschen, wenn sie die Hoffnung hegen, daß auf die „Vorschusszahlung“ Soforthilfe, die das eine noch das andere ist, noch ein wirklicher Lastenausgleich kommen werde. Mit der „Soforthilfe“ hat man sich nicht nur heute, sondern auch für die kommende Zeit um den Lastenausgleich gedrückt. Die Parteien des Frankfurter Wirtschaftsrates, wie morgen die des Bonner Parlaments, denken nicht daran, dem großen Besitz wehe zu tun. Sie beschäftigen sich nur mit Brosamen heute beschwichtigend und Zeit gewinnen kann, um den Lastenausgleich sang- und klanglos beerdigen zu können. Das haben alle Parteien damit schon bewiesen, daß sie die Anträge der Kommunisten im Wirtschaftsrat, die einen wirklichen Lastenausgleich zum Ziel hatten, niederstimmten. — II —

Das „Badische Volksecho“

wird nicht mehr, wie bisher, wechselseitig und zweiseitig erscheinen, sondern immer vierseitig!

Die Brotkürzung wird Tatsache!

Ist mit einer Herabsetzung unter 10 000 Gramm zu rechnen? Eine Bilanz gegen Dr. Schlange-Schönungen

Aus Frankfurt verläutet, daß die vom Länderrat beschlossene Kürzung der Brotrotation von 11 000 auf 10 000 Gramm sich nicht mehr umgehen lasse. Eine bessere Getreideablieferung sei nicht feststellbar. Man berät, auf welchem Wege die Kürzung der Brotrotation in den Ländern der Doppelzone einheitlich vorgenommen werden kann, um Verhältnisse wie im vergangenen Winter zu vermeiden, wo die Rationen der Länder zum Teil sehr stark voneinander abwichen. Vorher glaubt man, daß eine Kürzung auf 10 000 Gramm reicht, um für die kritische Zeit des Frühjahrsvorgesorgt zu haben. Man rechnet, daß ungefähr 400 000 Tonnen Getreide im Frühjahr fehlen werden. Der Länderrat meint, nachdem die Militärgouverneure keine zusätzlichen Einfuhren in Aussicht gestellt haben, daß durch die Kürzung noch genügend Vorräte angesammelt werden könnten, damit die Brotzuteilung im Frühjahr nicht auf 8000 Gramm oder weniger herabgesetzt werden muß.

Eine nüchterne Bilanz auf einem wichtigen Sektor unserer Ernährungslage, die besser zeigt als noch so schöne Reden, was die Parteien, vor allem die SPD, im Wirtschaftsrat berechtigten, dem Junker Schlange-Schönungen das Vertrauen auszusprechen.

„Soforthilfe und die Wahrheit“

Heute erscheint die neue Nummer der Stuttgarter „Wirtschaftszeitung“. Ihr Spitzartikel befaßt sich mit der Frage: „Soforthilfe und die Wahrheit“. Gegenstand des Artikels ist derselbe, den wir an anderer Stelle einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Wenn auch unter anderen Gesichtspunkten und mit verschiedener Absicht, ist das, was die „Wirtschaftszeitung“ ausführt, eine Bestätigung unserer Ansicht. Es heißt in dem Artikel: „Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Unterhaltshilfe einen Personenkreis betrifft, der schon bisher entweder nach dem Flüchtlingsgesetz oder nach den Gesetzen über die öffentliche Fürsorge und die Sozialversicherung der Hilfe teilhaftig wurde“. Wir sprachen das Wort von dem „halben Fürsorgegesetz“ aus, das keine Allgemeinregelung darstellt.

Für die „Wirtschaftszeitung“ erhebt sich die große Frage, ob nicht der Lastenausgleich in einen Finanzausgleich ausmündet, bei dem die bisherigen Pflichten der Länder und Gemeinden auf den neuen „Träger“ Soforthilfe übergehen und diejenigen, die eine wirksame Hilfe erwarten, wenig oder nichts davon zu spüren bekommen. Für uns ist das keine große Frage mehr, sondern eine Tatsache, die wir feststellen. Daß die Stuttgarter „Wirtschaftszeitung“ darauf hinweist, daß jene, welche nunmehr an Stelle der Wohlfahrtsunterstützung feste Rentenbeträge bekommen, nicht mehr erhalten als bisher, bestätigt gleichfalls unsere Auffassung. Es ist interessant und ist natürlich bei einem schwerindustriellen Blatt wie der „Wirtschaftszeitung“ verständlich, daß sie einen Mangel des Gesetzes darin erblickt, daß es für Stadt und Land die gleiche Zahlung und keinen Unterschied kennt. Sie schreibt: „Hier liegt der Irrtum bei den Vätern der „Soforthilfe“, denn weder die Löhne, noch die Mieten, noch die Beamtgehälter haben in den letzten hundert Jahren den Unterschied zwischen Stadt und Land verkennen lassen.“

Die „Wirtschaftszeitung“, wie wohl fast alle Blätter der lizenzierten Presse sind bereit, über das „halbe“ Fürsorgegesetz, wie wir es nannten, breit zu diskutieren, sicher nicht ohne die vorbedachte Absicht, wenn man darum streitet, trägt man dazu bei, in der öffentlichen Meinung vergessen zu lassen, daß eben dieses „halbe“ Fürsorgegesetz unter der Deklaration „Erstes Gesetz zum Lastenausgleich“ gestartet wurde. Nebenbei sei nur bemerkt, daß alle Zeitungen, die so ausführlich kommentieren, vollkommen übergehen, daß die Besitzenden um eine Klippe herumgekommen sind; daß das, was sie haben, im Grunde durch diesen „Ersten Lastenausgleich“ nicht angetastet wurde. Willy Grimm

Sie dürfen Verfassungsgeber spielen!

Zwischen Krieg und Frieden einen Zwischenzustand zu konstruieren, sei ungefähr dasselbe, wie zwischen Recht und Unrecht etwas Drittes zu finden“, schreibt die „Wirtschaftszeitung“, um dann weiterzufahren: „Will man ihn (den „Mann auf der Straße“) gleichwohl zum Besatzungsstatut vertrauen lassen, so empfiehlt es sich, diesen Zwitter von Rechtsgebilde mit möglichst vielen und vorherrschenden Wesenszügen des Friedens auszustatten und wenig mit der Erbschaft des Krieges zu belasten. Auf einen solchen Wunsch (!) läuft im Grunde der vom Bonner Parlamentarischen Rat in zwölf Punkten formulierte Vorschlag zum künftigen Besatzungsstatut hinaus. Der Bonner Rat ist kein Partner in den Verhandlungen; er kann die deutsche Stimme zwar sprechen lassen, aber ob sie Gehör findet oder in den Wind geschlagen ist, das liegt bei den drei westlichen Besatzungsmächten. Sie entscheiden, bei ihnen liegt die Verantwortung.“ Die Herren des Bonner Rates dürfen Verfassungsgeber spielen und sind, wir glauben den vorstehenden Worten, nur ganz einfache Marionetten. — II —

Einbruch im Parteibüro der KPD

In die Geschäftsstelle der KPD in Freiburg wurde ein Einbruch verübt, wobei die Akten gestohlen wurden. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Einbruch in Zusammenhang steht mit dem seinerzeitigen Vorgang, bei dem durch eine fingierte Sprengstoffbestellung der KPD Südbadens beim Großchemiebetrieb Merk (Darmstadt) die KPD provoziert und denunziert werden sollte. Der Treuhänder des Betriebes, ein Herr Merlau, wurde als Urheber der Provokation erkannt. Eine Untersuchung der Angelegenheit steht nach einem Kampf, der ein volles Jahr währte, bevor. Wie wir in Erfahrung brachten, hat sich der Einbruch nicht gelohnt, wenn damit die Hoffnung verbunden war, Belastungsmaterial gegen Merlau verschwinden zu lassen.

Schlechte Lage in der französischen Zone

In der französischen Zone waren bis zum 13. November 1948 nur 26 Prozent des Solls abgeliefert, während am gleichen Termin des Vorjahres bei einer Umlage von 150 000 Tonnen Getreide bereits über 100 000 Tonnen oder 67 Prozent des Solls abgeliefert waren.

Auch in Bayern Kalorienabzug?

Der stellvertretende Direktor der amerikanischen Militärregierung für Bayern kündigte eine Kürzung der Lebensmittelrationen für Normalverbraucher um mindestens 250 Kalorien täglich für das Frühjahr an, wenn die bayerische Regierung nicht durchgreifende Maßnahmen gegen die Bauern ergreife, die mit ihrer Ablieferung weit im Rückstand sind.

Im Streiflicht gesehen

Der neue Artikel 48

Der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates in Bonn hat in erster Lesung den Artikel 48 des Grundgesetzes angenommen, der dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung ähnlich ist. „Zur Abwehr einer drohenden Gefahr können danach Grundrechte der Verfassung befristet außer Kraft gesetzt werden. Brüning, Hindenburg und Papen richteten seinerzeit mit dem gleichen Artikel die Weimarer Republik zu Grunde.“

Das Streikrecht in Gefahr

Im Bonner Hauptausschuß stellte CDU und SPD einen Antrag, in die Grundrechte über das Streikrecht eine Formulierung aufzunehmen, nach der „politische Streiks“, die sich gegen die „bestehende Rechtsordnung“ richten, verboten werden. Die SPD verlangte statt dessen, daß man die Worte „verfassungsmäßige Ordnung“ wählen solle. Der Abgeordnete renner KPD machte darauf aufmerksam, daß das Unternehmertum jeden Streik als politisch und gegen die Verfassung erklären würde. Die bürgerlichen Zeitungen hätten dies bei der allgemeinen Arbeitsniederlegung im November 1948 bereits schon getan. Es ist zu befürchten, daß hinter den Kulissen, zwischen SPD und CDU gekuhandelt wird, um das Streikrecht der Arbeiterschaft einzuschränken.

CDU und uneheliche Kinder

In Bonn wurde ein Antrag angenommen, das uneheliche dem ehelichen Kinde durch die Gesetzgebung gleichzustellen. Die weiblichen Abgeordneten der CDU und des Zentrums vertraten den Standpunkt, das un-

eheliche Kind, wie seither, so auch künftig, gegenüber dem ehelichen zu benachteiligen.

Die Kirchenfrage in Bonn

Die CDU versetzte die SPD in Bonn in Verlegenheit, als sie versuchte, im Hauptausschuß ihre Forderung auf dem Gebiet der Schule und des Verhältnisses von Kirche und Staat durchzusetzen. Die föderalistische CDU, die sonst nicht genug um die „Hoheitsrechte der Länder“ kämpfen kann, wollte in diesen Fragen plötzlich eine einheitliche Regelung durch Verankerung in der Bundesverfassung. Der Sinn ist klar; sie hofft ihren Einfluß über diesen Weg, auch auf die Länder ausdehnen zu können, die nicht unter ihrem Zepter stehen. Wenn schon ihr Versuch durch die Sozialdemokratie abgelehnt wird, kann sie diese der Kirchenfeindlichkeit beschuldigen. Den kommenden Wahlen zu liebe wird in Bonn viel Zeit vertan und wohl der größte Teil der dortigen Reden gehalten.

Jetzt Verzögerungstaktik der SPD?

Der Parteivorstand der SPD beschloß auf seiner Godesberger Tagung, erneut am 21. bis 30. Januar 1949 zu einer Tagung zusammenzutreten, um dort den Bonner Verfassungsentwurf zu beraten. Dieser Beschluß zeigt, daß die Sozialdemokraten nach den jüngsten Vorfällen der CDU und der von ihr behaupteten Zuspitzung der politischen Lage eine Verzögerungstaktik anwenden will. Mit dem Abschluß der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates wird unter diesen Umständen vor März 1949 nicht zu rechnen sein.

Ein Schritt zur Reorganisierung der Konzerne

von Kurt Müller, stellvertretendem Vorsitzenden der KPD

Kaum ist das Gesetz Nr. 75 über die Neuordnung der Bergbauwirtschaft und der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie verkündet, und schon arbeitet man eifrig daran, in der Chemie-Industrie den großen Konzern, die IG-Farben, zu reorganisieren. Wir erinnern daran, daß den Londoner „Empfehlungen“ ein Ruhrabkommen beigefügt wurde, mit dem Inhalt, daß die Ruhrindustrie einer „internationalen Kontrollbehörde“ unterstellt werden soll, einer Kontrollbehörde, in der Westdeutschland durch die Militärgouverneure vertreten wird. Die jüngsten anglo-amerikanisch-französischen Meinungsverschiedenheiten über die Ruhrfrage offenbarten sehr deutlich, daß das Gesetz Nr. 75 ein Schritt zur Verwirklichung der Londoner Empfehlungen ist.

Der Ruhrbergbau wird reprivatisiert durch Schaffung „untergeordneter Tochtergesellschaften“, die Stahlindustrie durch Schaffung von „Einheitsgesellschaften“, für die die deutschen Aufsichtsräte durch die Militärregierungen bestellt werden. Die Tochter- und Einheitsgesellschaft sollen den Dachorganisationen, der DKBL, die ein Organ der UK/US Coal Control Group und dem Stahlreihungsverband, der ein Organ der Zwei-Mächte-Stahlkontrolle ist, unterstellt werden. In Händen dieser Dachgesellschaften liegt die Leitung der entsprechenden neuen Konzerne. Diese Dachorganisationen bilden das amerikanische Fundament für das deutsche Monopolkapital, das neue

Macht erhält und sich als Juniorpartner den amerikanischen Interessen unterordnet. Ähnliche Maßnahmen der Konzernreorganisation sind jetzt bei den IG-Farben vorgesehen. Die IG-Farben ist nicht nur der Chemie-Konzern, der in seinen Händen die deutsche Chemie-Industrie fast restlos konzentriert, sondern er war einer der größten internationalen Trusts. Dieser Konzern entwickelte sich in engster Verbindung zu du Pont und anderen amerikanischen Trusts und zur Imperial Chemical Industries in England. Auch während des Krieges wurden diese internationalen Beziehungen keineswegs unterbrochen, sondern blieben — über Südamerika — recht profitabel aufrechterhalten.

Jetzt soll dieser IG-Farben-Konzern nach den britisch-amerikanischen Plänen in etwa 75 Einzelgesellschaften aufgliedert werden. Was in der Stahlindustrie die Einheitsgesellschaften, sollen in der Chemie-Industrie die Einzelgesellschaften in Privateigentum werden. Im Kohlenbergbau heißt die Spitze der Dachorganisation UK/US Coal Control Group, die als Organ die DKBL hat; in der Stahlindustrie bedient sich die Zwei-Mächte-Stahlkontrolle des Stahlreihungsverbands, und in der Chemie ist die Spitze der Dachorganisation das B-partite IG-Farben Control Office (BICO), dessen Organ der Fardip-Ausschuß (IG-Farben-Dispersal-Penal) ist. Die Namen dieser Organe werden sich noch ändern, aber ihre Rolle bleibt.

„Die Amerikaner sind der Meinung,

daß die alten Aktionäre, soweit sie nicht Kriegsverbrecher sind, nicht um ihr Eigentum gebracht werden sollen. Deshalb wird geprüft, inwieweit ihnen Aktien der neuzugründeten Gesellschaft übergeben werden können, und im Regelfall wird diese Zuteilung, deren Schlüsselstellung abzuwarten bleibt, auf keine Hindernisse juristischer oder formaler Art stoßen. Wer Farben-Aktien hat, wird also zukünftig z. B. Aktionär der Höchster Farbwerke oder von Leopold Casalla werden können, oder auch am Elberfelder Farbwerk oder an der Fabrik Weiler ter Meer in Uerdlingen beteiligt sein.“

(Rheinischer Merkur, 11. 9. 1948)

Die Zusammensetzung des FARDIP-Ausschusses zeigt uns, daß die oben gemachte Einschränkung über die Kriegsverbrecher nicht ernst zu nehmen ist, denn die prominentesten Interessenvertreter der Hitler-Rüstungsindustrie sitzen in diesem Ausschuss. BIFCO und FARDIP-Ausschuß sollen zweifelsohne die kommende Dach-

organisation für die 75 Einzelgesellschaften der Chemieindustrie werden. Der FARDIP-Ausschuß wird durch die Militärregierung mit Deutschen besetzt. Die Zusammensetzung beweist uns, daß dafür die Interessenvertreter des amerikanischen deutschen Monopolkapitals ausgewählt wurden. In diesem Ausschuss sitzen:

Herr Franz Blücher (FDP), Finanzminister a. D. von Nordrhein-Westfalen, zur Vertretung der Interessen der neuen Finanzspekulant und Börsenjobber. Gustav Brecht, Wehrwirtschaftsführer Hitlers, Mitglied des Aufsichtsrates von 13 Aktiengesellschaften des III. Reiches. Kriegsverbrecher Hermann Blücher, von der AEG, Wehrwirtschaftsführer Hitlers, von dem das amerikanische Senatskomitee für militärische Angelegenheiten unter Senator Kilgore Vorsitz am 6. Oktober 1945 feststellte, daß er einer von den „42 geheimen Leitern einer umfangreichen Finanzmaschinerie der Nazis“ sei. Kilgore drückte damals selbst die Hoffnung aus, daß diese 42 „für ihren Anteil bei der Bildung der Nazipartei als Kriegsverbrecher angeklagt und bestraft würden“. Statt dessen sitzt heute der Geheimrat Blücher an der Spitze des AEG-Konzerns Westdeutschlands und

im FARDIP-Ausschuß und vertritt dort die Interessen der Kriegsgewinnler.

Dr. Arnold Burghartz (Zentrum), Vorsitzender des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Carolus Magnus, geschäftsführender Beirat und Aufsichtsratsmitglied verschiedener Aktiengesellschaften.

Direktor Paul Dencker, kaufmännischer Direktor der IG Farben im III. Reich, Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte.

Außerdem gehört diesem Ausschuss an der Bankdirektor Dr. Egon Freiherr von Ritter, Teilhaber des Bankhauses Merck-Fink & Co., Berlin-München, Vorsitzender verschiedener Aufsichtsräte in der Hitlerzeit.

Und schließlich hat man einen Dr. Eugen Möhn angeblich als Gewerkschaftsvertreter diesem Ausschuss der Kriegsgewinnler „Aus Anstand“ beigegeben.

Auch dieses Beispiel der sogenannten Entflechtung der IG Farben ist ein erneuter Beweis für den Bruch der Beschlüsse von Potsdam, in denen die Demokratisierung der Wirtschaft vorgesehen ist, und beweist, daß unter amerikanischer Vorherrschaft das deutsche Monopolkapital wieder restauriert wird.

Was in der Ostzone Deutschlands geschieht

I. Die Voraussetzungen

Tag für Tag hören wir von Berlin. Die Ostzone aber wird in der westlichen Presse totgeschwiegen. Ein paar Tartarennachrichten über Polizeirüstungen, einige von Unverständnis und Böswilligkeit zeugende Bemerkungen über „Stachanow-System“ und „Freie Läden“, das ist alles.

Das ist alles, was wir über den Teil Deutschlands wissen dürfen, in dem sich seit 1945 gewaltige Änderungen in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur vollzogen haben und vollziehen. Man mag „Ja“ dazu sagen oder auch nicht, wer aber dieses Stück Deutschland nicht abschreiben will, der sollte sich ernsthaft mit den Problemen der Ostzone auseinandersetzen. Sie liegen uns jedenfalls näher als etwa die der Vereinigten Staaten.

Was geschah in der Ostzone? Es begann mit der Entmachtung des Großgrundbesitzes durch die Bodenreform. Wer erinnert heute noch daran, daß endlich den preußischen Junkern die wirtschaftliche Grundlage ihrer Macht genommen wurde. Ein Ereignis, das seit mehr als 100 Jahren in Deutschland fällig war. Man spricht im Westen nicht mehr davon. Man verspottet die Anstrengungen der neuen Bauern, wenn sie um den eigenen Hof auf eigenem Grund zu bauen,

Der Zusammenschluß der SPD und KPD schuf die Voraussetzung einer völlig neuartigen Entwicklung auch im industriellen Sektor der Wirtschaft. Mit der Enteignung einer Reihe von Betrieben der Grundindustrie sowie der Betriebe der Kriegsverbrecher und -gewinnler — der Nutznießer der Vergangenheit — wurde das Tor zu einer wirklichen demokratischen Entwicklung aufgetan.

Umwälzungen sind nie „fein“. Sie haben ihre Härten und ihre Schwierigkeiten. Und wie viel mehr hier, wo die enteigneten Junker und geflüchteten Industriehierarchen im Westen mit der Spaltung Deutschlands als Waffe dafür sorgen, die Schwierigkeiten des Wirtschaftsaufbaues in der Ostzone zu vervielfachen. Wer denkt eigentlich daran, daß die Ostzone ein blutender Teil unseres Vaterlandes ist, den man vom industriellen Herzen im Nordwesten Deutschlands abgeschnitten hat. Hinzu kommt die bittere Erbschaft der Hitler-Diktatur und des Hitler-Krieges, die Lasten der Demontagen und Reparationen, die Folgen der Zerstörungen. Hinzu kommt, daß auch dort besetztes Land ist mit einer Besatzungsmacht, die nun einmal die Aufgaben, die die Deutschen selber tun müssen, ihnen nicht abnehmen kann —, die allerdings auch nichts getan hat, um zu verhindern, daß diese Aufgaben erfüllt werden.

Das sind die Voraussetzungen, unter denen die Menschen in der Ostzone leben und bauen. Es sind Deutsche hüben wie drüben, belastet mit der Vergangenheit, aufgewachsen in der kapitalistischen Welt, groß geworden im Dritten Reich. Und weil es eben die gleichen Menschen sind, hüben wie drüben, fragen wir zuerst nach den Menschen.

Man kann einen Menschen nicht einfach von heute auf morgen „umschalten“ und die jahrzehntelangen Erfahrungen der Arbeiter mit den Unternehmern lassen sich ebenso wenig auslöschen. Nicht von heute auf morgen geht der Arbeiter, der nun in einem volkseigenen Betrieb schafft, mit dem Bewußtsein zur Arbeit, das mit dem neuen Verhältnissen entspricht. Die sich wirklich dieses neuen Verhältnisses bewußt sind, das sind jene hier im Westen belächelten „Aktivist“ wie der Kohlenhauer Adolf Hennecke, der jene Bewegung entfachte, die eine Leistungssteigerung der Gesamtleistung durch bessere Koordination der Arbeitsgänge mit sich brachte. Diese Aktivisten sind keine Uebermenschen, aber sie

haben das Bewußtsein, daß es sich jetzt um ihre Betriebe handelt. Welch eine Kraft wird gebraucht, menschliche Kraft, um den Klassenfeinden, die erbitterten Widerstand entgegenzusetzen, die Wirtschaft aus der Hand zu nehmen!

Das Grundlegende ist geschehen. Dort ist die Mitbestimmung der Gewerkschaften vorhanden. Dort gibt es einen Wirtschaftsplan. Dort sind entscheidende Betriebe Volkseigentum. Aber dort ist auch Unverständnis, Unvernügen und Böswilligkeit, wie es der Not der Zeit und den Schlägen der Vergangenheit entspricht. Deshalb ist das Beispiel Hennecke so wertvoll, es braucht solcher Kraft, denn der Wirtschaftsplan der Ostzone baut auf dem Vorhandenen und nicht auf wandelbarer fremder Gunst.

Das sind die Verhältnisse und Voraussetzungen, vor allem soweit sie den Menschen betreffen. In einem weiteren Artikel werden wir auf die Frage der „Freien Läden“ und auf die sogenannte Abschaffung der Betriebsräte eingehen. ro

Illusionen eines Bürgermeisters!

Wir wollen einen gewissen Wert der Preisüberwachungskommissionen, die die Stadt Mannheim eingesetzt hat, nicht bestreiten. Daß sie Arbeit leistete, um zu erreichen, daß der Preisausschreibungspflicht Genüge getan wird, sei nicht in Frage gestellt. Ebensovienig, daß sie Einzelfälle von Wucher zu unterbinden in der Lage waren. Die Behauptung des Bürgermeisters Trumpffeller, daß aber die Preiskommissionen „die Preissteigerungen in Mannheim wesentlich gestoppt“ haben, ist eine Verkennung sowohl des Problems der hohen Preise, das eine allgemeine Erscheinung in den Westzonen ist, als auch dessen, was sich als nackte Wirklichkeit in Mannheim darstellt. Nichts wäre verhängnisvoller, als der Illusion Nahrung zu geben, als könnte mit dem Herumdoktern an Erscheinungen und Preisen in örtlichem Maßstabe das Bild korrigiert werden, das Ausfluß der bewußten Politik der bizonalen Behörden und der westlichen Alliierten ist. Die Währungsreform, die Höhe des Geldumlaufs, Besatzungskosten und die Steuerpolitik schaffen einen Zustand zusammen mit dem, was die Unternehmer in ihrem Interesse finden, an denen ein Bürgermeister beim besten Willen mit noch so vielen örtlichen Preiskommissionen nichts zu ändern vermag. -ll-

Die „konstruktive Opposition“ der SPD

von Fritz Rische, Mitgl. d. Wirtschaftsrates

„Man darf die sozialdemokratische Politik nicht nach den Äußerungen in den Zeitungen beurteilen, sondern muß sie nach der positiven Mitarbeit hier im Hause einschätzen.“ Diese Worte sprach der Beauftragte des SPD-Parteivorstandes im bizonalen Wirtschaftsrat, Herbert Kriedemann, in einer interaktionellen Sitzung, die der Verabschiedung des ersten Lastenausgleichsgesetzes vorausging. Die Worte Herbert Kriedemanns rücken die sogenannte „konstruktive Opposition“ der SPD gegen die von Prof. Dr. Erhard und Dr. Schlange-Schöninggen betriebene bizonale Wirtschaftspolitik ins rechte Licht.

Die führenden Sprecher der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat reden mit doppelten Zungen. In der großen Debatte um Schlange-Schöninggen am Freitag, dem 3. Dezember 1948, im Wirtschaftsrat sprach Herbert Kriedemann rührend-pathetische Worte über die Not des Volkes und dankte im gleichen Atemzug dem Junker Schlange-Schöninggen, der seit 3 Jahren nur die Interessen des Großgrundbesitzes in Westdeutschland vertritt und die Ernährungswirtschaft desorganiert, für seine Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik. Dreimal betrat Herbert Kriedemann die Rednertribüne des Wirtschaftsrates, um den Dank der SPD für die „ehrliche Politik“ Schlange-Schöninggens auszusprechen. Gemeinsam mit der CDU/CSU, der FDP und dem Zentrum spendeten die SPD-Abgeordneten dem Direktor der Verwaltung für Ernährung für seine demagogische Rede begeisterten Beifall. Die SPD, die vorgibt, die Interessen der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Wirtschaftspolitik des Verwaltungsrates unter Dr. Pünder, Prof. Erhard und Schlange-Schöninggen zu vertreten, stützt auf dem wichtigsten Sektor der deutschen Nachkriegswirtschaft, der Ernährungswirtschaft, den Vertreter der Großgrundbesitzerklasse. Sie nahm damit ihrer angeblichen Opposition gegen die Erhard'sche Wirtschaftspolitik auch den Schein der Wahrhaftigkeit.

Schlange-Schöninggen erklärte in seiner Rede am Freitag, dem 3. Dezember, im Wirtschaftsrat, wenn man nicht das letzte Pfund Korn und Fleisch zusammenhalte, dann werde es im Februar und März zu unerträglichen Zuständen kommen. Aus seiner Rede war zu hören, daß die Ablieferung von Getreide in den meisten Ländern der Bizone weit hinter dem Soll zurückliegt. Sie ist weit geringer als im Vorjahr, obwohl die diesjährige Ernte um ein Viertel höher war. General Bishop, Gouverneur von Nordrhein-Westfalen, erklärte hierzu von 14 Tagen, daß 25 Prozent der diesjährigen Ernte bereits wieder in die Kanäle des Schwarzmarktes versickerten. Er bezeichnete die augenblickliche Situation in Westdeutschland als „Narrenparadies“. Der britische Gouverneur gab damit zu verstehen, daß die Militärregierungen keinen Pfennig für die Deckung eines Getreidedefizits bewilligen werden, das durch die Schuld der westdeutschen Ernährungsverwaltung unter Schlange-Schöninggen entstanden ist.

Seit Oktober läßt Dr. Schlange-Schöninggen durch die Presse und das Radio erklären, er und mit ihm seine Verwaltung

selen gegen eine Brottraktionskürzung. Die augenblicklichen Rationen würden trotz der schlechten Ablieferung gehalten. Von diesem Zweckoptimismus war in der Rede Schlange kein Ton mehr zu hören. Im Gegenteil! In einem Material der VEFZ zur Getreideablieferung werden von Schlange-Schöninggen Brotkürzungen ernsthaft erwogen. Beim Anhalten der schlechten Ablieferung soll eine Kürzung der Brottration um 2000 g erfolgen. Brotkürzungen wurden von den Länderregierungen mit starkem sozialdemokratischem Einfluß in den Regierungen schon Anfang Oktober 1948 verlangt. In der Sitzung des Ernährungsausschusses des Wirtschaftsrates am 28. November 1948 machte Herbert Kriedemann den Vorschlag, die Länder nicht zu hindern, selbst Vorsorge zu treffen. Er sprach damit einer Kürzung der Brottrationen in einzelnen Ländern das Wort.

Die gefährliche Lage auf dem wichtigsten Sektor der Ernährungswirtschaft, der Brotversorgung, ist das Ergebnis der freien Wirtschaftspolitik von Dr. Erhard und Schlange-Schöninggen. Dr. Schlange muß jedoch durch die zweigleisige Wirtschaftspolitik der völligen Freiheit in der gewerblichen Wirtschaft und der gebundenen in der Land- und Ernährungswirtschaft gewisse Folgen der schrankenlosen Wirtschaftsfreiheit tragen. Es ist aber völlig falsch, ihn der Opposition gegen Erhard'sche Politik zu bezichtigen. Erhard'sche Wirtschaftspolitik fand auch die volle Unterstützung Schlange-Schöninggens. Am 9. Juli 1948 erklärte dieser nach Angriffen der SPD gegen seine freie Wirtschaftspolitik in der Landwirtschaft im Wirtschaftsrat:

„Wenn Sie nun heute fragen, ob ich mir bewußt sei, daß der Arbeiter also nun keine Eier mehr bekomme, und ob ich meine Politik für richtig halte, so antworte ich: Já! Ich halte sie für richtig in der Überzeugung, daß die Arbeiterfamilie bei dieser Art der Bewirtschaftung in kurzer Zeit mehr bekommen wird als bisher.“

Diese Ausführungen Dr. Schlanges waren ein Schlag ins Gesicht für Millionen Werktätiger, die durch die kapitalistische Wirtschaftspolitik des bizonalen Verwaltungsrates um den Wert ihres Lohnes gebracht werden. Herbert Kriedemann, der Sprecher der SPD in der großen Debatte um Schlange-Schöninggen fand für die Folgen der freien Wirtschaftspolitik Dr. Schlange kein Wort der Kritik. Er war im Gegenteil voll des Dankes, und Lobes für die „ehrliche Politik“ des Junkers Schlange-Schöninggen.

Durch die Freigabe von Saatgut, Zuchtvieh, Geflügel und Eiern hat Schlange-Schöninggen die Versorgung mit Lebensmitteln desorganisiert. Was der geordneten Versorgung entzogen und in den Speichern der Besitzenden lagert, kommt auf das Konto Schlange-Schöninggens. Millionen Wähler der SPD, die im kommenden Frühjahr die Mißwirtschaft Schlange-Schöninggens am eigenen Leibe verspüren werden, unterstützen gewiß nicht die Haltung der SPD-Führung im Wirtschaftsrat, die liebgeliebt mit Schlange-Schöninggen und seinen reaktionären Freunden, „konstruktive Opposition“ im Frankfurter Wirtschaftsrat betreibt.

die alten Zwingburgen schleifen. (Nur nebenbei, die Ostzone kennt u. a., dank diesen Maßnahmen kein Neubürgerproblem wie wir im Westen.)



Pressestimmen

Das peinliche Rot

In Berlin dagegen waren die Programme hinter den besonderen Gegebenheiten, den entgegengesetzten Militärbefehlen, den internationalen Bedingungen der Lage so stark zurückgenommen, daß es der hiesigen Sozialdemokratie geradezu peinlich war, als ihr westlicher Gastwähreder Ollenbauer ausrief: „Berlin bleibt rot!“

Zweimal Luftbrücke

Der Sieg der Berliner Luftbrücke über das schlimmste Wetter, das der Winter bringen kann, wurde in Berlin heute vom amerikanischen Militärgouverneur General Clay verkündet.

Meldung der British United Press aus Berlin. Dicker Nebel während der Nacht und des ganzen Tages hat die britische und amerikanische Luftbrücke auf dem Flugplatz von Gatow zum vollständigen Erlahmen gebracht, berichtete gestern Abend die Royal Air Force. Zweimal aus Berlin vom gleichen Tage.

Zweimal Franco-Spanien

Diplomatische Geheimdokumente, die über den Umfang der Hilfe, die Hitler-Deutschland Franco-Spanien während des spanischen Bürgerkrieges leistete, Aufschluß geben, sollen von

der britischen, amerikanischen und französischen Regierung im nächsten Sommer veröffentlicht werden.

Meldung der British United Press aus Washington. Ueber die militärische Bedürfnisse Spaniens wurden anlässlich einer Zusammenkunft zwischen hohen spanischen Armee- und Seeoffizieren und Mitgliedern des Ausschusses für die bewaffneten Streitkräfte des amerikanischen Repräsentantenhauses in Madrid Besprechungen geführt, erklärte das Mitglied des Ausschusses, Paul Schäfer.

Meldung der British United Press aus Madrid.

Wehe, wer glaubt, der Kommunismus sei mit Flugzeugen zu bekämpfen

Schon vor zwei Jahren, als sich die rote Flut damals noch langsam und in kleinen Sprüngen nach Süden zu wälzen begann, haben die Freunde und Bewunderer Tschiang-Kaischeks mit Sorge und Trauer es ausgesprochen, daß er sich in der Wahl der Abwehrmittel fürchterlich vergriffe. Zu sehr hat er sich nicht einmal ist — zu wenig hat er den Staatsmann in sich sprechen lassen. Die Kommunisten wollten er mit Divisionen und Flugzeugen

bekämpfen, und nur damit, und nur mit der Gewalt des Schweres wollte er siegen.

Divisionen sind gut, und Flugzeuge sind gut gegen den andringenden Feind, der einen vernichten will — aber wehe, wer glaubt, er könne den Gegner, er könne vor allem den Kommunismus damit allein bekämpfen.

Die Kommunisten hängen in manchen Gegenden, wie behauptet wird, übel gehaust haben; sie haben doch auch viel dazu getan, wo sie die Herrschaft übernahmen, den armen Geschundenen ausgesogen, von der Last der Verschuldung unterdrückten Bauern zu helfen — just das haben sie getan, was Tschiangs Aufgabe gewesen wäre. Allgemeine Zeitung.

Vierter Stand oder fünfte Kolonne?

Wenn die Arbeiter in Westeuropa (und nicht allein dort) mit vermehrter Kraft auf ihren sozialen Forderungen bestehen, ist bei vielen — besonders wenn dies unter kommunistischer Führung geschieht — die Neigung vorhanden, von einer „fünften Kolonne“ zu sprechen. Aber dann entsteht die Frage, ob nicht manch einer zu schnell von einer „fünften Kolonne“ spricht, wenn er den „vierten Stand“ meint. „De Groene Amsterdammer“ (holländische liberale Wochenchrift).

Biegen oder Brechen

Von Jack London

In den folgenden Monaten wurde San Franzisko durch Lohnkämpfe zerrissen. Die Gewerkschaften und die Arbeiterverbände kämpften mit einer Verbissenheit, die zeigte, daß es jetzt um Biegen oder Brechen ging.

Die Geary Street herauf kamen sechs Fleischwagen. Die Kutscher waren Streikbrecher, und neben jedem saß ein Schutzmännchen. Vor, hinter und neben der Prozession marschierte eine Eskorte von hundert Schutzleuten. Der polizeilichen Nachhut folgte in ehrerbietigem Abstand eine geordnete, aber brüllende Volksmenge, die die Straße in ihrer ganzen Breite und auf eine Länge von mehreren Blocks füllte. Der Rindfleischtrast machte einen Versuch, die Hotels zu versorgen und bei dieser Gelegenheit den Streik zu brechen. Das St.-Franzisko-Hotel war schon auf Kosten vieler eingeschlagener Fensterscheiben

and zerbrochener Schädel versorgt worden, und jetzt war die Expedition auf dem Wege nach dem Palast-Hotel.

In diesem Augenblick kam ein großer, mit Briketts beladener und von vier riesigen Pferden gezogener Kohlenwagen aus der Geary Street, als ob er die Market Street hinunterfahren wollte, und verlegte ihm den Weg. Der Kutscher des Wagens schien unentschlossen zu sein, und der Chauffeur fuhr zwar langsam, achtete jedoch nicht auf die Warnung, die ihm ein vorbeigehender Schutzmännchen zurief, sondern lenkte das Auto, um an dem Wagen vorbeizugelen, mit einer plötzlichen Bewegung nach links und verletzte damit alle Verkehrsbestimmungen.

Ahnungslos saß Drummond neben Catherine und sprach mit ihr über die Siedlungsarbeit, als das Auto, das regelmäßig hupte und sich durch

den Verkehr schlangelte, in einem weiten Bogen um die Ecke herum-schwang. Da trieb der Kohlenkutscher, die Peitsche schwingend und sich von seinem Sitz erhebend, die Pferde quer vor die heranrückende Prozession, zog die Zügel scharf an und bremste gleichzeitig. Dann hängte er die Zügel an den Bremsengriff und setzte sich wieder, mit dem Gesicht eines Mannes, der bleiben wollte, wo er war. Das Auto war ebenfalls durch seine schweren, keuchenden Bremsen zum Stehen gebracht worden.

Der Chauffeur wollte zurück, aber ehe er es vermochte, hatte ein alter Ere, der einen wackligen Rollwagen kutscherte, sein Pferd zum Galopp angetrieben und war mit seinen Rädern in die des Autos hineingefahren. Drummond erkannte sowohl den Wagen wie das Pferd, denn er hatte selbst oft auf dem Kutschbock ge-

essen. Der Ire war Pat Morrissey. Auf der anderen Seite war ein Bierwagen mit dem Kohlenwagen kollidiert, und ein Straßenbahnwagen, der wildklingelnd die Geary Street hin-abfuhr und dessen Führer verächtlich auf die Schutzleute einschrie, machte die Blockade vollständig. Wagen auf Wagen rannte sich fest, versperrte den Weg und vermehrte die allgemeine Verwirrung. Die Fleischwagen machten halt. Die Polizei war gefangen.

Die Polizei bemühte sich, eine Durchfahrt frei zu bekommen. Der Kutscher des Kohlenwagens, ein großer Mann in Hemdsärmeln, zündete sich die Pfeife an und saß ruhig rauchend da. Er blickte zufrieden auf einen Polizeihauptmann hinunter, der wütete und fluchte, und hatte als einzige Zustimmung nur ein Achsel-zucken. Vom Nachtrab her hörte man jetzt die Schläge der Polizeiknüttel, die auf die Schädel herabsauten, und eine Hölle von Flüchen, Tosen und Schreien.

Die vorn stehenden Schutzleute kamen ihren Kameraden zu Hilfe,

und die Menge wurde zurückgetrieben. Unterdessen hatte sich Fenster auf Fenster in den hohen Geschäftshäusern zur Rechten geöffnet, und die Angestellten ließen einen Schauer von Kontorgeschäften auf die Köpfe von Polizei und Streikbrechern her-abregnen. Papierkörbe, Tintenfass, Briefbeschwerer, Schreibmaschinen — alles, was ihnen in die Hände kam, sauste herunter.

Ein Schutzmännchen kletterte auf Befehl seines Hauptmanns auf den hohen Bock des Kohlenwagens, um den Kutscher zu verhaften. Der Kutscher erhob sich träge und lässig, packte ihn plötzlich und schleuderte ihn direkt auf den Hauptmann. Der Kutscher war ein junger Mann, und als er jetzt auf seine Ladung kletterte und in jede Hand ein Brikett nahm, ließ sich ein Schutzmännchen, der gerade den Wagen von der anderen Seite erreichte, auf dem Hauptmann klettern wollte, wieder fallen. Der Hauptmann befahl einem halben Dutzend seiner Leute, den Wagen zu entern. Der Kutscher kletterte schnell über die Ladung hinweg und schlug den Angriff mit großen Briketts ab. Die Menge auf dem Bürgersteig und die Kutscher der festgerannten Wagen brüllten vor Vergnügen. Der Straßenbahnführer zerschmetterte mit seiner Lenkstange Helme, bis er von der Plattform gerissen und halb totgeschlagen wurde. Außer sich über die Niederlage seiner Polizisten, leitete der Polizeihauptmann selbst den nächsten Angriff auf den Kohlenwagen. Einige zwanzig Polizisten stürmten die hohe Ladung. Aber der Kutscher verdoppelte seine Kräfte. Zeitweise rollten sechs bis acht Polizisten auf das Pflaster unter dem Wagen. Als sich der Fuhrmann, der sich abwehrbereit an der Rückseite der Festung hielt, umwandte, sah er, wie der Hauptmann gerade im Begriff stand, vorn den Bock zu erklimmen. Er war noch nicht oben, als der Fuhrmann ein schweres Brett gegen ihn schleuderte. Der Hauptmann wurde gegen die Brust getroffen und sank hintenüber, auf den Rücken eines Radfahrers, glitt zu Boden und klemmte sich im Hinterrad des Autos fest. (Aus: „Nur Fleisch“)

Warum ich Kommunist bin...

Paul Langevin: Die Ehre Ihrer Partei ist es, Denken und Handeln eng miteinander zu verbinden. Mir ist gesagt worden, ein Kommunist müsse sich immer belehren, ich will Ihnen aber sagen: je mehr ich lerne, desto mehr fühle ich mich als Kommunist.

Mein Lehrer Paul Langevin / Joliot Curie

Paul Langevin war einer der größten Physiker unserer Zeit, anerkannt von aller Welt. Er war zugleich ein Kämpfer für den Fortschritt, für die Freiheit, für den Frieden. Deshalb war er an der Seite des Volkes, fest mit ihm verbunden.

ist, ihre Fruchtbarkeit erst in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dank einer bemerkenswerten Aufeinanderfolge von Theorien und experimentellen Forschungen.

darstellte, und daß sie besonders den grundlegenden Fehler hatte, die experimentelle Untersuchung der natürlichen Phänomene nicht in den Vordergrund zu rücken.

Das Westzonen-Paradies Frenzel's

Mr. Frenzel „kommentiert“ am Stuttgarter Radio so allerhand Blech zusammen, wobei er es darauf abgesehen hat die gegen die Sowjetunion gerichtete Mentalität inan-

Die Dummheit, die Mr. Frenzel dabei unterläuft ist kapital! Er wird uns sofort entgegnen: „Was heißt hier Dummheit?“

Wir selbst sind bereit, Mr. Frenzel vollkommen die Richtigkeit seiner Feststellung, d.h. in diesem Falle seines Industriellen zu bestätigen.

Im Grund verhält es sich mit dem Kommentar des Mr. Frenzel zu den Berliner Wahlen nicht anders. Daß für ihn die Berliner Wahlen Ausdruck einer „demokratischen Gesinnung“ sind, kann wahrhaftig nicht verwundern.

Der römische Index

Nach 70 Jahren veröffentlichte das Heilige Offizium der Römischen Kirche wieder einen neuen Index. Savanero, Kant und viele Große der Geistesgeschichte sind wert befunden worden, auch dem neuen Index zur Zierde zu gereichen.

In den letzten Jahren seiner so überaus reich ausgefüllten wissenschaftlichen Laufbahn betonte Paul Langevin gern, welche zuweilen peinlichen geistigen Anstrengungen er dreimal in fünfzig Jahren hatte machen müssen, um seinen Naturbegriff den Entdeckungen anzupassen, die soeben die anscheinend unerschütterlichsten Theorien zerschmettert hatten.

Als die Relativitätskrise die Wissenschaft erschütterte, war Langevin einer der ersten, die die Theorie Einsteins vertrat und erweiterten, und bewies unabhängig von diesem die Gleichwertigkeit von Materie und Energie.

In beiden Weltkriegen hat die Verwendung der Ultraschallwellen Langevins sehr wesentlich zum Siege der Alliierten in ihrem Kampf gegen die deutschen Unterseeboote beigetragen.

Die Kornkammer, von der uns kein Ozean trennt

Drei Jahre nach dem furchterlichsten aller Kriege hat die Sowjetunion im Erntefahr 1948 eine Getreideernte von 119 Mill. Tonnen erzielt. Gleichzeitig wurde die Rationierung aufgehoben. In dem ersten Nachkriegsfünfjahresplan war für die landwirtschaftliche Produktion eine Steigerung auf Vorkriegshöhe erst für das Jahr 1949 vorgesehen.

Rückschlag brachte) und Vermeidung unnötiger Transporte. Im Jahre 1940 betrug der durchschnittliche Transportweg einer Tonne Getreide noch 477 Kilometer, dieser Weg wird durch die Verlagerung der Schwerpunkte des Getreideanbaus bis im Jahre 1950 auf 388 Kilometer verkürzt werden.

von der Problematik der Kohlen- und Holzexporte aus Westdeutschland könnte sogar der Fall eintreten, daß nicht einmal diese Rohstoffe mehr abzusetzen sind. Dann aber wird die Vernunft eben doch stärker sein als jede noch so klug ausgedachte andere Bindung und wir werden, wenn auch vielleicht keine Düsenmotoren wie England, so doch andere Industrieprodukte gegen Brot einhandeln müssen.

Ende 1940 wurde er von den Nazis mit rücksichtsloser Härte in der Santé eingesperrt. 1941 wurde er nach Troyes deportiert. Seine Tochter Helene wurde nach Auschwitz deportiert, und sein Schwiegersohn, Jacques Solomon, der Physiker, ein begeisterter Kommunist, wurde erschossen.

Ein Bergarbeiterkind betet...

Bericht aus dem französischen Bergarbeiterstreik-Gebiet

Von Gaston Aubertin

Lautlose Stille herrscht in den Straßen des Bergarbeiterdörfchens. Die Rollläden vor den Fenstern der roten Backstein-Zweifamilienhäuser sind herabgelassen. Schwere Taktstritte klingen auf. Eine Patrouille. Keine „feldgrüne“. Senegalesen, die nervös, ob der Stille, die Augen rollen, Polizeitruppen, sturmhelmbewaffnet. Fest umklammern sie ihre Maschinenpistolen, immer eines Steinwurfes gewärtig, der jedoch niemals kommt.

„Versprich mir, vorsichtig zu sein, Papa“, sagt die zwölfjährige Arlette zu ihrem Vater, dem Häuer Poskiewicz. „Der Obersteiger Joubert und die Bertoletti-Jungen wollen alle Stalinisten“ unschädlich machen. Geh ihnen aus dem Weg!“

gegen Mittag die Haustüren. Frauen und Kinder, gefolgt von den Männern, strömer heraus. Auf dem Marktplatz stehen Autocars. Sie warten auf die Kinder, die in andere Ortschaften, außerhalb des Streikgebietes, transportiert werden sollen.



SPORTECHO



Rödelheim sorgt für die Überraschung Süddeutsche Oberliga

VfR Mannheim — BC Augsburg 1:0 Bayern München — Kickers Offenbach 0:1 Schwaben Augsburg — 1890 München 1:3 1. FC Nürnberg — Ulm 4:0 Stuttgarter Kickers — Schweinfurt 3:0 Rödelheim — VfB Stuttgart 2:0

Ueberhebliche „Herren der Schöpfung“

Eine Sportmeldung aus England — das immer noch als Mutterland des Sports gilt — hat eine ganze Reihe Kritiker „auf die Palme gebracht“; man bedenke, ein Mensch weiblichen Geschlechts hat sich erdreistet, die vielen schönen Reden von der Gleichberechtigung ernst zu nehmen.

Problem Nr. 2

Problem Nr. 2. P. Kniest (Lehmann). Weiß: R c 2, T c 5, B a 2 Schwarz: R a 1, s a 7 Der heutige Vierzügler dürfte den Pro-

Badische Landesliga

VfL Neckarau — Friedrichsfeld 7:0 Sandhofen — 1. FC Pforzheim 0:4 Rohrbach — Schwetzingen 0:0 ASV Durlach — Brötzingen 2:1 Viernheim — Phönix Karlsruhe 3:3 VfR Pforzheim — Kniefingen 2:0

Herabgeber: KPD Nordbaden

Herabgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortl. für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10, Tel.-Nr. 622 60. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvereins-G.m.b.H., Mannheim, S. 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden, Aufl. 25 000